Stand: 14.05.2025 02:48:44

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4993

"Dramatischer Notstand der medizinischen Versorgung: Die Kinderstationen an Bayerns Krankenhäusern müssen gerettet werden! II"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/4993 vom 27.11.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/6202 des GP vom 22.01.2020
3. Beschluss des Plenums 18/6510 vom 11.02.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 40 vom 11.02.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 27.11.2019 **Drucksache 18/4993**

Antrag

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr SPD**

Dramatischer Notstand der medizinischen Versorgung: Die Kinderstationen an Bayerns Krankenhäusern müssen gerettet werden! II

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege führt unverzüglich ein Fachgespräch zur aktuellen Situation der stationären medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Bayern durch.

Dabei sollen Vertreter der bayerischen Universitätsklinika und Fachpersonen aus den betroffenen Versorgungsbereichen eingeladen und insbesondere die folgenden Fragen behandelt werden:

1. Wie kann verhindert werden, dass Kinder mit intensivmedizinischem und/oder medizinischem Versorgungsbedarf an kindermedizinischen Abteilungen abgewiesen werden?
2. Wie ist die derzeitige finanzielle und personelle Situation der stationären medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Bayern einzuschätzen? Welche Rolle spielen dabei insbesondere der Fachkräftemangel, die Betriebskostenfinanzierung, die staatliche Krankenhausplanung und die Investitionskostenförderung durch den Freistaat Bayern?
3. Welche Handlungsoptionen bestehen zur kurz- und mittelfristigen Verbesserung der Situation? Welche Rolle können oder werden dabei die Herausnahme der Kinderstationen aus dem DRG-System (DRG = Diagnosis Related Group), die staatliche Krankenhausplanung und Investitionskostenförderung, die einschlägigen Neuregelungen des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes, Planungsentscheidungen der Aufsichtsräte der Universitätsklinika oder die Einrichtung eines Fonds zur Übernahme der Vorhaltekosten spielen?

Begründung:

Die Vollversammlung des Landtags hat sich am 10.10.2019 auf Initiative der SPD-Fraktion mit der Situation der stationären medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Bayern beschäftigt. Anlass für den entsprechenden Dringlichkeitsantrag waren angekündigte oder kurze Zeit zurückliegende Schließungen oder Betriebseinschränkungen von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche am Klinikum rechts der Isar der Technischen Universität München und im Dr. von Haunerschen Kinderspital. Hauptursache der zum Teil prekären finanziellen Situation der stationären medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen ist die Logik der Leistungsabrechnung über Fallpauschalen. Im Bereich der Universitätsklinika hat die Staatsregierung direkten Einfluss auf die Sicherung der stationären Versorgung von Kindern und Jugendlichen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Wichtigkeit und Dringlichkeit des Themas zeigte sich auch darin, dass alle anderen fünf Landtags-Fraktionen ebenfalls nachgezogene Dringlichkeitsanträge für die Plenardebatte einreichten. Die Vertreter der Regierungskoalition stellten in ihren Redebeiträgen allerdings einen dringenden Handlungsbedarf in Abrede. Man solle die Situation nicht dramatisieren; Bettenschließungen in Einzelfällen wären auf fehlendes Fachpersonal und nicht auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen; die Staatsregierung solle und werde sich weiterhin auf Bundesebene für eine ausreichende Finanzierung der Kinderkrankenhäuser einsetzen.

In einem in der Süddeutschen Zeitung vom 25.10.2019 veröffentlichten Leserbrief rufen die Direktoren von zwei Münchener Kinderkliniken dringend zum Handeln auf, um die hochwertige medizinische Versorgung schwer kranker Kinder zu erhalten. Es sei in München wiederholt vorgekommen, dass Kinder, die einer intensivmedizinischen Behandlung bedürfen, in andere bayerische Kinderkliniken transportiert werden mussten. Damit würden sie zusätzlichen Risiken durch eine verzögerte Behandlung ausgesetzt. Die beiden Klinikdirektoren erwarten ein parteiübergreifendes Vorgehen bei der Lösung der Probleme.

Der Landtag hat am 10.10.2019 die Anträge der FDP-Fraktion (Drs. 18/4022) und der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER (Drs. 18/4023) angenommen. Die Staatsregierung wird daher über die Auswirkungen des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes auf die pädiatrische Versorgung in Bayern sowie allgemein über die Sicherstellung der stationären medizinischen Versorgung für Kinder und Jugendliche berichten. Dieser Bericht der Staatsregierung ist wichtig und richtig, soll aber durch die Perspektive externer Fachpersonen ergänzt werden.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 22.01.2020 **Drucksache** 18/**6202**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD
Drs. 18/**4993**

Dramatischer Notstand der medizinischen Versorgung: Die Kinderstationen an Bayerns Krankenhäusern müssen gerettet werden! II

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Ruth Waldmann**
Mitberichterstatter: **Bernhard Seidenath**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 3. Dezember 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Enthaltung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 22. Januar 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Enthaltung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 11.02.2020 **Drucksache** 18/**6510**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr SPD**
Drs. 18/**4993**, 18/**6202**

Dramatischer Notstand der medizinischen Versorgung: Die Kinderstationen an Bayerns Krankenhäusern müssen gerettet werden! II

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Ruth Waldmann
Abg. Bernhard Seidenath
Abg. Christina Haubrich
Abg. Susann Enders
Abg. Roland Magerl
Abg. Dr. Dominik Spitzer
Staatsministerin Melanie Huml
Abg. Andreas Winhart

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe die **Listennummer 25** der **Anlage zur Tagesordnung** auf:

Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u. a. (SPD)
Dramatischer Notstand der medizinischen Versorgung: Die Kinderstationen an Bayerns Krankenhäusern müssen gerettet werden! II (Drs. 18/4993)

Ich weise darauf hin, dass für diesen Antrag namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt gemäß der Geschäftsordnung 32 Minuten. – Als erste Rednerin rufe ich Frau Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion auf.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, Hohes Haus! Leider müssen wir schon zum dritten Mal über das Thema reden. Es ist leider immer noch Realität in unserem Land, dass kranke Kinder, auch schwerkranke Kinder, nicht stationär aufgenommen werden können. Sie werden abgewiesen und werden nicht oder später behandelt oder müssen weit herumgefahren werden.

Der Antrag, über den wir jetzt reden, hat die Diskussion über unseren Dringlichkeitsantrag zu diesem Thema im Oktober zur Grundlage. In der damaligen Debatte erklärten die Ministerin Huml und auch der Ausschussvorsitzende Seidenath, von einem dramatischen Notstand könne keine Rede sein; es handele sich um Panikmache. Ob die Kinderpsychosomatik schließen müsse, sei nicht gesagt; eine Woche später wurde sie dann geschlossen.

Aber es geht nicht nur um die Kinderpsychosomatik im Klinikum rechts der Isar oder im Haunerschen Kinderspital, sondern es geht um die Gesamtsituation. Ein erster Schritt zur Lösung des Problems ist doch, es überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Sie können nicht länger die Augen und Ohren vor der Problematik verschließen. In Bayern müssen immer wieder kranke Kinder, teils mit intensivmedizinischem Bedarf, abgewiesen werden. Es gab eine heftige Debatte, und da Sie damals abgewiegelt haben,

habe ich jetzt erneut einen Antrag gestellt, ein Fachgespräch mit den beteiligten Stellen und den Fachleuten zu führen, um zu klären, ob es hier ein Problem gibt oder nicht und was gegebenenfalls zu tun ist. Das alles haben Sie bisher abgelehnt, und das finde ich ungeheuerlich.

Im Ausschuss haben wir Anfang Dezember darüber gesprochen. Vonseiten des Ministeriums wurde angekündigt, dass es einen entsprechenden Bericht im Januar geben solle. Jetzt haben wir Mitte Februar; passiert ist bisher wieder nichts.

Die Meldungen kommen nicht von uns, sie kommen auch nicht nur von zwei Uniklinikken, sondern sie kommen von vielen betroffenen Eltern aus dem ganzen Land. Was Sie vielleicht nicht wissen: Es gibt inzwischen – dazu habe ich auch geraten – eine sogenannte openPetition "Kinderstationen retten". Sie hat jetzt über 5.000 Unterstützerinnen und Unterstützer, davon 4.300 in Bayern. Es gibt etwa 1.700 Kommentare auf 57 Seiten, vor allem von Kinderärzten, Hebammen, von Pflegekräften für kranke Kinder, aber auch von Eltern und Großeltern, die alle beschreiben, was sie real erleben. Unterstützt wird diese Petition übrigens auch vom Kinderschutzbund Landesverband Bayern, von der Kinderkrebshilfe, vom Hebammenverband, vom Haunerschen Kinderspital usw. Sie alle fordern das, was wir in unserem Haushaltsantrag fordern, der am Donnerstag beraten wird, nämlich Defizite aufzufangen, bis sich die Situation gebessert hat.

Aber da Sie die Problematik nicht wahrhaben wollen, bringe ich noch ein paar Zitate:

Ich arbeite selber als Kinderärztin in München und muss jeden Tag tatenlos zusehen, wie wir Kinder bis weit in die Peripherie verlegen müssen, weil wir keine Betten in unserem Haus belegen können.

Ich bin Leiter einer Kinderintensivstation in Bayern und erlebe die Not täglich.

Als Kinderarzt bekomme ich jeden Tag mit, dass die stationäre Versorgung schwerkranker Kinder nicht gewährleistet ist.

Ich bin Intensivkinderkrankenschwester, und wir müssen regelmäßig schwerstkranke Kinder abweisen.

Wir wurden schon mit einem Kind mit Atemnot nach Hause geschickt, weil kein Bett frei war.

– Es gab inzwischen auch viele Berichte in der "Tagesschau" oder auch in "Kontraste" und "quer". Das Problem gibt es tatsächlich nicht nur in Bayern. Aber es ist keine Antwort, wenn man den Eltern sagen würde, wenn sie in Berlin wohnen würden, hätten sie ein ähnliches Problem.

Wir müssen in Bayern alles tun, was wir nur können, um die Situation zumindest aufzufangen, bis wir den Pflegenotstand einigermaßen behoben haben. Das heißt, die Finanzierung muss auf vernünftige Beine gestellt werden.

Unter diesem Aspekt wäre der erste Schritt, dass wir ein entsprechendes Gespräch führen, um zu klären, ob Sie sich dazu bekennen, dass es einen dringenden Handlungsbedarf gibt: Ja oder Nein? Können wir jetzt darüber reden, was als erster Schritt und dann als nächster Schritt zu tun ist?

Bei der letzten Ausschusssitzung wurde von der Ministerin und auch vom Patientenbeauftragten gesagt, man solle die Eltern nicht in Unruhe versetzen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die Eltern wollen Sie endlich in Unruhe versetzen, weil sie ein dramatisches Problem haben. Darum müssen wir uns jetzt kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner darf ich den Abgeordneten Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte sehr.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Themen Gesundheit und Pflege bewegen die Menschen. Ich meine, dass Gesundheit privat wie politisch das

wichtigste Gut ist. Das gilt von klein auf. Es gilt insbesondere für unsere Kinder, denn sie sind unsere Zukunft.

Ich habe an dieser Stelle schon einmal die Bayerische Verfassung zitiert. In Artikel 125 heißt es: "Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes". Somit haben wir einen Verfassungsauftrag, unsere Kinder und deren Gesundheit zu schützen.

Frau Waldmann, wir kennen durchaus die problematische Situation in unseren bayerischen Kinderkrankenhäusern, mit mannigfachen Ursachen, die wir im Grunde alle kennen. Sie fordern nun ein Fachgespräch. Ich denke aber nicht, dass wir ein Erkenntnisproblem haben, zumal viele Dinge in dem Antrag enthalten sind, die wir in Bayern allein leider nicht lösen können.

Ich komme nun zu den Erkenntnissen, die wir haben. Wir haben Berichte durch Frau Staatsministerin Melanie Huml gehört, die am 10. Oktober hier im Plenum gesprochen hat. Im Herbst 2019 hatten wir im Ausschuss ein Fachgespräch zur Situation der Universitätsmedizin. Da spielte auch das Thema Haunersches Kinderspital eine Rolle.

Weitere Berichte sind offen; Sie haben es erwähnt. Das Gesundheitsministerium wird uns in nächster Zeit im Ausschuss über die Kapazitäten, über die Auslastung – auch das ist ein wichtiger Indikator – der pädiatrischen Versorgung und die Entwicklung der Pädiatrie insgesamt berichten, wie auch über die Situation der stationären Kinder- und Jugendmedizin einschließlich der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung.

Darüber hinaus erscheint mir eine weitere Erörterung des Themas mit Experten weder notwendig noch sinnvoll. Wir haben als Freistaat Bayern bezogen auf unsere Plankrankenhäuser lediglich Einflussmöglichkeiten durch die Krankenhausplanung und die Krankenhausförderung. Das bedeutet, dass ein Plankrankenhaus von der Krankenhausplanung bei Bedarf weitere Betten zugewiesen bekommen kann und von der Krankenhausförderung her die Investitionskosten finanziert erhalten kann. Das geschieht auch.

Die Probleme der Kinderkliniken liegen in der Regel aber nicht im baulichen und technischen Bereich. Das Problem ist ganz klar der Mangel an Fachkräften. Die Personalfindung und -bindung ist das Problem. Insoweit liegt auf der Hand, dass kurzfristige Handlungsmöglichkeiten der Länder nicht bestehen, sondern dass weiterhin von den verschiedensten Beteiligten auf die Attraktivität der betroffenen Berufsfelder hingewiesen werden muss. Das betrifft insbesondere die Kliniken selbst, die vor allem über nicht monetäre Anreize oder auch über moderne Führungsstrukturen vieles zum Positiven verändern können.

Ich möchte Ihnen gerne ein paar Beispiele aus dem Landkreis Dachau, meinem Stimmkreis, nennen, wo wir eine Genossenschaft gegründet haben, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das geschah unter dem Motto "Habt ein Herz für soziale Berufe". Da werden nun Wohnungen angemietet, die an Pflegekräfte und Angehörige anderer sozialer Berufe, insbesondere Gesundheitsfachberufe, weitervermietet werden. Es gab hier überraschend gute Erfolge. Es wurden und werden viele Wohnungen angeboten. Wenn wir nun wissen, dass im Landkreis Dachau 1.800 Wohnungen aus den verschiedensten Gründen leer stehen, hoffen wir, dass wir wenigstens 10 % dieser Wohnungen anmieten können. Damit wäre viel gewonnen. Solche Modelle sind möglich, um den Personalmangel abzumildern.

Wenn nun eine zu geringe Vergütung beklagt wird, dann ist eine Befragung der Experten ebenso wenig nützlich. Denn hier liegt die Regelungskompetenz allein beim Bund und bei der dortigen Selbstverwaltung. Dennoch ist der Freistaat Bayern hier auch schon tätig und hat sich im Rahmen seiner Einflussmöglichkeiten für eine auskömmliche Vergütung eingesetzt.

Sie selbst sagen in Ihrem Antrag ja auch, dass Sie kein Erkenntnisproblem haben. Sie nennen eine Reihe von Punkten, die eine Rolle spielen, die Schlüssel für eine Verbesserung sein können. Aber die wenigsten Punkte, die Sie genannt haben – ich sage das noch einmal – können wir in Bayern selbst lösen, das ist eine Frage auf der Bundesebene. Da kann ich nur sagen: Sie haben doch Kontakte nach Berlin. Wir haben

sie auch, deshalb brauchen wir hier kein weiteres Gespräch. Die Zeit des Redens ist vorbei.

Wir müssen auch handeln. Das betrifft die Betriebskostenfinanzierung durch die Krankenkassen. Tatsächlich haben die Kinderkliniken höhere Kosten, weil sie etwa medizinische Geräte in allen Größen, für das Neugeborene wie für den 14- oder 15-Jährigen, erwerben und bereitstellen müssen. Hier ist das InEK, das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus, gefragt, um die DRGs entsprechend anzupassen.

Zu den Finanzen des Freistaats Bayern und zur Investitionskostenförderung: Der Freistaat kommt seiner Verantwortung mit 3 Milliarden Euro innerhalb von fünf Jahren, das sind 643 Millionen Euro jährlich, nach. Natürlich besteht durch die Umsetzung der Digitalisierung zusätzlicher Mittelbedarf. Hier nehmen wir auch gerne Mittel des Bundes.

Mittels der Krankenhausplanung können die Auslastung und der Bedarf an Kapazitäten ermittelt werden. Mehr Betten sind aber nicht das, was wir brauchen. Unser Problem ist der immense Personalmangel. Um das zu erkennen, brauchen wir jedoch kein Fachgespräch.

Frau Waldmann, ich sage Ihnen ehrlich zu Ihrem Wording: Sie haben in Ihrem Antrag von einem "dramatischen Notstand der medizinischen Versorgung" gesprochen. Die Kinderstationen müssten "gerettet" werden. Diese Wortwahl ist mir zu drastisch. Wir stehen vor großen Herausforderungen. Der Mangel an Pflegefachkräften kann in der Tat als Notstand bezeichnet werden. Aber einen dramatischen Notstand in der medizinischen Versorgung insgesamt auszurufen, wie Sie das tun, geht aus meiner Sicht zu weit, wird der Situation nicht gerecht und führt dazu, dass Eltern verunsichert werden oder gar Panik empfinden.

Sie wissen, dass Sie nach der Geschäftsordnung des Landtags Expertenanhörungen auch dann durchsetzen können, wenn Sie dafür keine Mehrheit haben. Diese Karte der Minderheitenanhörungen haben Sie in der letzten Woche beim Thema Bayerisches Krebsregister gespielt, bei diesem Thema aber nicht, und das zu Recht. Wir

haben kein Erkenntnisproblem, sondern wenn, dann ein Umsetzungsproblem. Die Überlastung des pflegerischen Personals führt zu Kündigungen und dazu, dass die Spirale nach unten weiter in Gang gesetzt wird.

Es gibt Ideen. Ich habe ein paar genannt. Wir müssen sie umsetzen, und wir können das auch. Darum geht es jetzt. Es geht nicht darum, öffentlich darzustellen, wie furchtbar und dramatisch die Situation angeblich ist. Aus diesen Gründen – ich habe sie im Ausschuss schon dargestellt – werden wir diesen Antrag auch heute im Plenum ablehnen. – Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Christina Haubrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Situation der stationären medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Bayern ist absolut unzureichend. Zum Beispiel droht der Ambulanz der Kinder- und Jugendpsychosomatik des Klinikums rechts der Isar in München im Juni 2020 die Schließung. Aber auch die temporären Schließungen von einzelnen Stationen machen den Kinderkrankenhäusern schwer zu schaffen. Immer wieder kommt es vor, dass Eltern mit ihren schwer kranken Kindern durch halb Bayern gefahren werden, weil Kliniken sie nicht aufnehmen können. Der einzige Weg aus diesem Dilemma: Wir müssen an die Strukturen ran. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel weg von der Bettenplanung hin zu einer leistungs- und qualitätsorientierten Bedarfsplanung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen mehr Transparenz. Die Problematik der finanziellen Situation bei der stationären medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen sowie der Fach-

kräftemangel müssen endlich angegangen werden. Es kann nicht sein, dass Stationen deswegen schließen müssen.

Kranke Kinder kosten Zeit, Personal und Geld. Sie bedeuten einen erhöhten Aufwand. Besonders der Faktor Zeit wird in unserem System nicht abgebildet. Das ist eine der Hauptursachen dafür, dass Kinderkliniken unterfinanziert sind. Um hier weiterzukommen, müssen wir alle Entscheidungsträger, zum Beispiel die Träger der Kinderkliniken und die Krankenkassen, mit ins Boot holen. Wir müssen auch zu einer vernünftigen Krankenhausplanung für Kinderkliniken kommen, einer Krankenhausplanung, die auch an die zusätzlichen Bedürfnisse von Kindern angepasst ist. Für besonders dramatisch halte ich es, dass psychosomatische Stationen von Schließungen bedroht sind. Hier lassen wir unsere Kinder und die betroffenen Eltern wirklich im Regen stehen, und das in einer Zeit, in der die Zahl der psychosomatischen Erkrankungen deutlich steigt.

Liebe SPD, auch wir wollen verhindern, dass Kinder mit medizinischem oder sogar intensivmedizinischem Versorgungsbedarf abgewiesen werden. Für den Notfall muss die Versorgung sichergestellt sein. Auch die Frage nach der personellen und finanziellen Situation der stationären medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Bayern ist uns wichtig, genauso wie die Fragen des Fachkräftemangels, der Betriebskostenfinanzierung, der Krankenhausplanung und der Investitionskostenförderung. Ganz besonders interessiert uns natürlich, welche Handlungsoptionen es gibt, um die bestehende Situation zu verbessern. Das alles wollen Sie mit Ihrem Antrag im Rahmen eines Fachgesprächs klären.

Die Staatsregierung hat uns im Januar einen Bericht versprochen. Dieser wurde aber bis heute nicht abgegeben. Wir GRÜNEN hatten beantragt, dass der Bericht der Staatsregierung und das von der SPD beantragte Fachgespräch Hand in Hand gehen sollten. So könnten wir wirklich fundiert nach Lösungen suchen und daran arbeiten. Leider haben Sie diesen Antrag damals abgelehnt. Da der versprochene Bericht bis

heute leider nicht gegeben wurde, unterstützen wir jetzt das von der SPD beantragte Fachgespräch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Susann Enders für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Unseres Erachtens ist der Antrag der SPD abzulehnen. Zu dieser Problematik gab es bereits einen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU im Oktober vergangenen Jahres, mit dem die Staatsregierung aufgefordert wurde, sich auf Bundesebene für eine ausreichende Finanzierung der Kinderkrankenhäuser einzusetzen. Außerdem wurde mit diesem Antrag ein Bericht über das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und über die pädiatrische Versorgung in Bayern sowie zu den Erfordernissen, wie dem Fachkräftemangel in Bayern in der Kinder- und Jugendmedizin zu begegnen ist, gefordert.

Zum Inhalt des Berichtes, der uns seit dem 22. Januar vorliegt: Mit 43 Krankenhäusern mit der Fachrichtung Kinder- und Jugendmedizin bzw. Kinderchirurgie sowie mit 37 Krankenhäusern für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie verfügt Bayern über ein engmaschiges Netz einander ergänzender Kliniken für die Versorgung kranker Kinder. Daneben werden auch in Krankenhäusern ohne ausgewiesene Kinderstation Kinder auf hohem Niveau versorgt, soweit es, wie zum Beispiel bei Blinddarmoperationen, nicht der speziellen Expertise und Vorhaltung einer Fachabteilung für Pädiatrie bedarf.

In den letzten zehn Jahren gab es in Bayern keine Schließung einer gesamten Fachrichtung für Kinder- und Jugendmedizin oder für Kinderchirurgie. Soweit es in Einzelfällen zu Bettenschließungen kam, geschah dies aus wirtschaftlichen Gründen und aufgrund fehlenden Fachpersonals in der Pflege. Soweit dagegen die Seite der Betriebskosten infrage steht, hat Bayern keine gesetzgeberische Möglichkeit. Hier ist der

Bund gefordert. Fakt ist: Seit der Einführung der staatlichen Krankenhausfinanzierung im Jahr 1972 nimmt Bayern im Ländervergleich eine Spitzenposition ein. Bereits im Jahr 2018 wurde der Förderetat um 140 Millionen Euro auf 643 Millionen Euro jährlich angehoben, ein Plus von 28 %. Entsprechend der Festlegung im Doppelhaushalt 2019/2020 wird der Mittelsatz im Jahr 2020 weiter auf diesem Spitzenniveau fortgeführt.

Meine Damen und Herren, dass in den Kinderkliniken trotzdem eine Diskrepanz zwischen Angebot und Bedarf besteht, steht für uns außer Frage. Aber wo liegt denn der Hund begraben? – Ich sehe die Ursache für die Probleme in der stationären medizinischen Versorgung von Kindern in der Abrechnung der Behandlungskosten über das DRG-System. Mit Ihrem Antrag streifen Sie höchstens die Spitze des Eisbergs. Eine Problemlösung sieht aber anders aus und muss auf Bundesebene erfolgen.

Wir FREIEN WÄHLER haben die Überarbeitung des DRG-Systems im Koalitionsvertrag verankert. Die Gespräche laufen bereits. Wir wollen den Bund dazu bringen, eine aufwandsentsprechende Finanzierung eines jeden medizinischen Handgriffs zu sichern. Nur so kann eine Problemlösung aussehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Roland Magerl von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Kollegin Waldmann, ich schätze Ihre fachliche Kompetenz wirklich sehr und auch Ihren Willen, an dieser Situation etwas zu ändern. Auch wir von der AfD wollen das und haben daher im Oktober das Thema Kinderkliniken in einen Antrag verpackt. Sie wollen dieses Mal ein Fachgespräch. Eigentlich ist doch längst klar, dass wir eine sichere und bedarfsgerechte Versorgung aller Patientinnen und Patienten in Bayern,

insbesondere unserer Kinder, brauchen. Was soll uns ein Fachgespräch denn an neuen Erkenntnissen bringen? – Praktisch gesehen eigentlich gar nichts. Wir würden in einem zweistündigen Fachgespräch nichts erfahren, was wir nicht schon längst wissen.

Damals hat die CSU-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag nachgezogen, in welchem die Staatsregierung aufgefordert wurde, sich auf Bundesebene weiterhin für eine ausreichende Finanzierung der Kinderkrankenhäuser einzusetzen. Zudem sollte berichtet werden, wie sich aus Sicht der Staatsregierung die Versorgung in Bayern nach Inkrafttreten des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes entwickeln würde und wie man dem Fachkräftemangel entgegenwirken könne. Gerade der Fachkräftemangel ist doch eigentlich die erhebliche Ursache für dieses Problem. Warten wir doch zunächst einmal ab. Schauen wir, was der Bericht der Staatsregierung bringt. Sollte sich dann weiterhin nichts tun, dann können wir immer noch nachhaken. Deswegen werden wir von der AfD-Fraktion uns bei diesem Antrag enthalten.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Im Oktober letzten Jahres waren wir bereits hier im Plenum zusammen und haben die schwierige Situation in den Kinderstationen besprochen. Um mehr über die Zusammenhänge und Hintergründe zu erfahren, sollte die Staatsregierung auf Antrag der FDP und der Regierungskoalition einen Bericht zur Versorgungslage abgeben. Inzwischen sind vier Monate vergangen, und es immer noch nichts passiert. Wie auch? – Im ersten Satz des Berichts steht Folgendes: Die stationäre Versorgung von Kindern ist in Bayern auf hohem Niveau gesichert. In Bayern besteht eine gewachsene und dichte Krankenhausstruktur für die Versorgung der Kinder und Jugendlichen vor Ort, und zwar flächendeckend. – Also ist in Bayern alles bestens.

Genau so liest sich die Erklärung der Staatsregierung. Für uns klärt der Bericht gar nichts. Der Bericht wird der Komplexität der Problematik in keiner Weise gerecht und lässt viele Fragen offen. Die Verantwortlichen in der Kindermedizin würden uns im Ausschuss sehr gerne die Hintergründe näher erläutern. Herr Seidenath, Sie haben gesagt, es gebe kein Erkenntnisproblem. Sie von der CSU-Fraktion machen Ihr privates Fachgespräch heute mit Herrn Privatdozenten Dr. Hoffmann von der Haunerschen Kinderklinik lieber hinter verschlossenen Türen. Das ist heute so geschehen. Anscheinend besteht hier doch noch Klärungsbedarf. Aber dann lassen Sie uns doch bitte ein Fachgespräch im Ausschuss durchführen, um zu klären, welche Maßnahmen auf Landesebene sinnvoll wären.

Schauen wir einmal in die Haunersche Kinderklinik: Dort stehen 16 Intensivkinderbetten zur Verfügung. Aktuell können für die kleinsten Bürger in Bayern nur zehn davon genutzt werden. Versetzen Sie sich einmal in die Lage eines Vaters oder einer Mutter in Bayern, die ihr Kind intensivmedizinisch behandeln lassen müssen – das ist ein Alptraum, der passieren kann. Was passiert? – Sie fahren in ein Krankenhaus, aber ihr Kind kann erst in Augsburg oder in Garmisch intensivmedizinisch versorgt werden. Das darf nicht sein. Davon müssen wir wegkommen. Dieser Umstand ist leider kein Einzelfall. Diese Fälle begründen sich – Sie brechen sie auf den Fachkräftemangel runter, dieser ist aber nur ein Teil des Problems – mit vielen verschiedenen Standards, Gesetzen, Zwängen und vielen weiteren Faktoren, welchen die Kindermedizin unterliegt. Deshalb fordern wir Sie auf, endlich Ihre parteipolitischen Spiele für die Kleinsten aufzugeben und gemeinsam Maßnahmen zu ergreifen, die die angespannte Situation nachhaltig entlasten. Herr Seidenath, Sie haben gesagt, wir könnten das Problem selbst lösen. Dann bitte, auf geht's!

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Als nächste Rednerin darf ich Frau Staatsministerin Melanie Huml aufrufen.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die letzte Bemerkung des Kollegen Dr. Spitzer möchte ich zurückweisen. Es geht bei der Versorgung der Kinder nicht um irgendwelche parteipolitischen Themen. Uns allen liegt die Versorgung der Kinder am Herzen, egal, welcher Partei wir angehören. Das möchte ich festhalten. Diese Bemerkung war der Ernsthaftigkeit der Diskussion nicht angemessen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Klaus Adelt (SPD): Dann machen Sie etwas!)

Die Versorgung der Kinder treibt uns selbstverständlich um. Wir wollen, dass Kinder adäquat behandelt werden können. Manchmal ist es dafür notwendig, dass das eine oder andere Kind auch in ein anderes Krankenhaus verlegt wird, vielleicht gibt es dort eine höhere Versorgungsstufe oder mehr Spezialisten. Aus diesen Gründen kann es notwendig werden, dass das eine oder andere Kind in ein anderes Krankenhaus verlegt werden muss. Gleichzeitig gehen wir selbstverständlich Beschwerden von Eltern, die bei uns aufschlagen, über eine nicht adäquate Behandlung ihres Kindes nach. Ich muss Ihnen aber sagen, dass bei uns kaum derartige Schreiben vorliegen. Ich erinnere mich vor allem an ein Schreiben einer Familie, welches auch durch die Medien ging. Ansonsten sind bei uns derartige Schreiben, dass ein Kind nicht adäquat behandelt worden sei oder keine adäquaten Gründe für eine Nichtbehandlung dargelegt werden konnten, nicht groß aufgeschlagen.

Ich möchte das als Vorbemerkung sagen, weil hier der Eindruck vermittelt wird, als würden in ganz Bayern keine Kinder versorgt. Das stimmt schlicht und ergreifend nicht. Das möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen. Natürlich gibt es hier und da Verbesserungsbedarf. Aber wir haben in Bayern eine gute Versorgung der Kinder, und sowohl die Ärztinnen und Ärzte als auch das Pflegepersonal tun ihr Möglichstes, um alle Kinder entsprechend versorgen zu können. Das möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Klaus Adelt (SPD): Das ist auch ihr Auftrag!)

Wir haben im Oktober davon gesprochen, dass wir im Landtag darüber berichten wollen. Die Kollegin der FREIEN WÄHLER hat es schon gesagt: Am 22. Januar wurde der erste Bericht an Sie weitergeleitet. Es befindet sich ein zweiter Bericht auf Antrag der FDP-Fraktion im Werden. Dieser wurde gerade noch mit dem Wissenschaftsministerium abgestimmt. Den bekommen Sie in den nächsten Tagen. Diesen Bericht habe ich gerade wieder zurückbekommen. Dieser Bericht liegt schon vor, wurde aber noch nicht versandt. Einen Bericht gibt es aber schon. Es stimmt also nicht, dass wir gar nicht berichtet hätten. Mein Mitarbeiter hat beispielsweise am 3. Dezember im Ausschuss auf die Fragen geantwortet. Ich möchte den Eindruck, wir wären dem Wunsch des Landtags nicht nachgekommen, nicht so stehen lassen. Wir sind immer Ansprechpartner für Sie gewesen, wenn es Fragen gegeben hat.Der erste Bericht ist bereits am 22. Januar wie zugesagt an Sie ergangen. Der zweite folgt in den nächsten Tagen. Das möchte ich hier klarstellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich war in den letzten Wochen viel in Krankenhäusern unterwegs und habe mich immer speziell nach der Kinderversorgung erkundigt, erst letzte Woche in Nürnberg. Auch da höre ich immer wieder: Ja, es kommen Situationen vor, dass wir mal, weil Pflegepersonal krank ist, kurzfristig Betten nicht belegen können. – Aber ich höre auch immer wieder, dass jeder bemüht ist, dass die Versorgung adäquat aufrechterhalten wird.

Ich darf Ihnen auch sagen, dass wir im Bereich München im Speziellen – es ist vor allem der großstädtische Ballungsraum – noch mal mehr Schwierigkeiten haben, ausreichend Pflegepersonal zu erreichen. Deswegen dürfen wir die Situation, die in München da und dort herrscht, nicht auf ganz Bayern übertragen. Das möchte ich an die-

ser Stelle so deutlich sagen, weil ich es sehr schade finde, dass wir die Eltern in Bayern durch die Behauptung verunsichern, die Kinder würden nicht mehr versorgt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist nach wie vor so, dass Kinder in Bayern gut versorgt werden.

Ich weiß, dass wir uns auf Bundesebene weiter dafür einbringen wollen. Deswegen steht im Koalitionsvertrag, dass wir bei den DRGs bei den Kindern Nachholbedarf haben. Deshalb gibt es die sogenannten Kindersplits. Für mich wäre es notwendig, da noch mehr Geld für die Kinder auszugeben. Das steht doch gar nicht infrage.

Aber ich sage Ihnen auch, dass viele Krankenhäuser gerade in der Fläche sich der Verantwortung für die kindermedizinische Versorgung bewusst sind und bereit sind, als Krankenhausträger mit zu investieren. Das sei an dieser Stelle auch mal mit Dank erwähnt. Aber wir sind auch hier im Gespräch mit der Bundesebene. Es soll hier Verbesserungen geben, weil es notwendig ist.

Wenn es um das Finanzielle geht, muss man schlichtweg sagen: Betriebskostenfinanzierung – das ist die Problematik, die hier vor allem angesprochen gehört – betrifft die Bundesebene. Wir in Bayern kümmern uns, wie es die Kollegen schon gesagt haben, um die Krankenhausplanung. Wir schauen das sehr adäquat nach. Wir schauen genau, wo noch Krankenhausbetten gebraucht werden. Deswegen wird es demnächst in Weiden eine neue Kinderchirurgie geben.

Ich denke auch an die Kinderpsychiatrien und die Kinderpsychosomatiken im Land, die wir in den letzten Jahren aufgebaut haben. Da ist wirklich viel gelaufen, gerade für Kinder und Jugendliche. Es ist immer vom Freistaat Bayern zusammen mit den Bezirken finanziert worden. Da haben wir in den letzten Jahren ganz viel vorangebracht. Das ist unser Bereich hier in Bayern – Krankenhausplanung, Krankenhausförderung. Da haben wir, gerade was die Kinderpsychosomatik und -psychiatrie betrifft, in den letzten Jahren ganz viel auf den Weg gebracht.

Gleichzeitig bringen wir uns ein, wenn es darum geht, hier auf Bundesebene weiterzukommen. Dies betrifft etwa den Pflegebereich, wenn ich an das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz denke. Im Moment liegt es nicht mehr unbedingt daran, aus finanziellen Gründen keine Pflegekraft einstellen zu können, sondern daran, ob die Pflegekraft da ist. Das ist die Schwierigkeit im Ballungsraum München. Das ist ein Thema, das uns gemeinsam beschäftigen sollte. Da geht es auch um Wohnraumkosten und all diese Themen.

Mir ist an dieser Stelle ganz wichtig zu sagen: Wir tun alles, damit die Kinder in Bayern gut versorgt werden. Ich kann Ihnen sagen: Es ist schlichtweg nicht so, dass die Kinder bayernweit überall abgewiesen werden. Das stimmt so nicht,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

sondern es ist sicher mal punktuell so, dass da und dort mal jemand aus Personalmangel vielleicht dieses eine Kind zur adäquaten Versorgung lieber in das andere Krankenhaus bringt. Das liegt vielleicht daran, dass diese intensivmedizinische Maßnahme in diesem Augenblick an einem Krankenhaus nicht durchgeführt werden kann. Dann ist das medizinisch notwendig und sinnvoll.

Das muss man unterscheiden. Klar setzen wir uns weiter dafür ein, dass die Kinderstationen besser ausgestattet werden, weil es notwendig ist. – Aber bitte nicht diese generelle Aussage, die Kinder würden bayernweit nicht gut versorgt. So ist es nun mal nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Staatsministerin, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Erste Bemerkung: Frau Ruth Waldmann. Bitte schön.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrte Frau Ministerin, es zeigt sich, dass wir dieses Fachgespräch dringend führen müssen. Da Sie auf uns nicht hören wollen, müssen

wir eben auch mit den Experten und den Beteiligten reden. Vielleicht hilft das. Es ist einfach nicht zutreffend, wenn Sie hier sagen, dass Kinder teilweise deswegen verlegt werden, weil das für ihre Versorgung besser sei. Davon ist hier überhaupt keine Rede. Teilweise war die Hälfte der Kinderbetten in Intensivstationen vom System abgemeldet. Das Problem gibt es ganz vornehmlich an den bayerischen Universitätsklinika.

Sie haben gesagt, die Kinderärzte und Kinderpflegekräfte tun ihr Bestes. Richtig. Aber von denen kommt ja nun der Hilferuf. Sind die Unterstützer der Petition – Hebammenverband, Kinderschutzbund, Kinderkrebshilfe, Haunersches Kinderspital – alle uninformiert und machen da Panik? – Das kann wohl nicht sein.

Zum Thema Personalmangel: Es hat sicher nicht zur Lösung beigetragen, dass die neue generalistische Ausbildung in Bayern jetzt nicht im Frühjahr starten kann.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Die startet!

Ruth Waldmann (SPD): Aber noch mal: Niemand hat gesagt, dass nirgendwo Kinder versorgt werden können, sondern es hieß, dass immer wieder Kinder auch mit intensivmedizinischem Bedarf abgewiesen werden müssen. Dabei kann es nicht bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): In meine Zuständigkeit – das wissen Sie ganz genau – fallen die Krankenhäuser, die im Krankenhausplan stehen. Deswegen kann ich hier vor allem für die sprechen. Sie wissen aber auch, dass sich mein Kollege im Wissenschaftsministerium sehr wohl um die Häuser, die zum Wissenschaftsbereich gehören, kümmert und sich dort mit einbringt und mit einsetzt und sehr wohl bei Gesprächen in Berlin dabei ist, um die Versorgung in Bezug auf die Universitätskliniken weiter voranzubringen.

Aber für mich ist wichtig, dass wir auf die ganze Fläche in Bayern schauen. Deswegen habe ich gesagt, wir müssen aufpassen, dass wir nicht alle Eltern in Bayern verunsichern. Es gibt in meinen Augen den Bereich in München, den man sich vielleicht da und dort genau anschauen muss, um festzustellen, wo die Ursachen sind. Die sind vielfältig. Aber wir dürfen nicht die Situation, die wir da und dort in München haben, auf ganz Bayern projizieren, weil das nicht die Situation in ganz Bayern ist.

Die Generalistik wird in Bayern im Frühjahr beginnen können. Da sind meine Informationen anders als Ihre. Die letzten Zahlen, die ich gehört habe, sind, dass von 22 Pflegeschulen, die normalerweise im Frühjahr begonnen haben, 18 auch heuer im Frühjahr beginnen werden. Aber ich kann den Zahlen gern noch mal nachgehen, damit Sie die dann erhalten. Aber das waren die letzten Zahlen, die ich gehört habe. Die Generalistik in Bayern beginnt im Frühjahr, weil es wichtig ist, weiterhin Pflegepersonal zu bekommen. Da bin ich völlig bei Ihnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Zwischenbemerkung: Abgeordneter Andreas Winhart. Bitte schön.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, Sie haben gerade ausgeführt, dass Sie regelmäßig Kliniken besuchen, wo es Kinderstationen gibt, beispielsweise in Nürnberg. Jetzt habe ich der örtlichen Presse entnehmen können, dass Sie sich gerne auch um die Geburtshilfestationen kümmern, beispielsweise am 21. Februar in Bad Aibling, zufälligerweise kurz vor der Kommunalwahl. Da hoffe ich doch, dass es da gute Nachrichten für die Wiedereröffnung gibt. Oder wollen Sie Ihre CSU-Kollegen vor Ort im Regen stehen lassen? – Das hoffe ich doch nicht. Vielleicht könnten Sie kurz den Zwischenstand schildern.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Wir haben heute über die Kinder gesprochen. Wir haben für die Geburtshilfen im Land sehr viel getan, was von den verschiedenen Fraktionen mitgetragen wird. Das hat man in den letzten Wochen

und Monaten gesehen. Daher ist es notwendig, sich die Situation vor Ort immer wieder beschreiben zu lassen. Das werde ich auch in Bad Aibling bei meinem Vor-Ort-Termin entsprechend tun, weil mich die Situation vor Ort sehr wohl immer interessiert. Wenn man vor Ort ist, bekommt die eine oder andere Lösung manchmal eine andere Möglichkeit, als wenn man Dinge nur auf dem Papier liest. Deswegen bin ich immer gerne vor Ort. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt die Ablehnung des Antrags. – Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung. Die Urnen stehen bereit. Die Abstimmungszeit ist fünf Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 18:29 bis 18:34 Uhr)

Die Abstimmung ist hiermit geschlossen. Ich unterbreche die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses.

(Unterbrechung von 18:34 bis 18:36 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Sitzung wieder und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt über den Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner und anderer (SPD) betreffend "Dramatischer Notstand der medizinischen Versorgung: Die Kinderstationen an Bayerns Krankenhäusern müssen gerettet werden! II", Drucksache 18/4993: Mit Ja haben 64 Abgeordnete, mit Nein haben 95 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 17. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Damit schließe ich die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 18:37 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.02.2020 zu Tagesordnungspunkt 7: Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u. a. SPD; Dramatischer Notstand der medizinischen Versorgung: Die Kinderstationen an Bayerns Krankenhäusern müssen gerettet werden! II (Drucksache 18/4993)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			X
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz			X
Blume Markus			
Böhm Martin			X
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin			X
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus (Tessa)		X	
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias			
Gottstein Eva			
Graupner Richard			X
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			X
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli			X
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			X
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			X
Maier Christoph			X
Mang Ferdinand			X
Mannes Gerd			X
Markwort Helmut	X		
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			X
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			X
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			X
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf			X
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas			X
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	64	95	17